

Faktencheck

10

mit dbb seiten

Hände weg von der Versorgung!

MAGAZIN

Oktober 2026 • 76. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

während die Koalition auch angesichts der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin über die Ausrichtung und Reformen vor allem der Sozialsysteme diskutiert, ist der vbob mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus den Behörden, die den Staat am Laufen halten, in den Austausch getreten.

Insbesondere bei den vielen Sommerfesten, die anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des vbob von den Fachgruppen selbst ausgerichtet oder aber intensiv und engagiert begleitet wurden, konnten Meinungen zu den für uns aktuellen Themen untereinander diskutiert und von verschiedenen Seiten beleuchtet werden. Alle Sommerfeste garantierten aber auch viel Spaß, gute Laune und ein vergnügtes Feiern für die Gäste des vbob wie auch für alle Mitglieder abseits einer unverändert hohen Arbeitsbelastung.

Zudem boten Mitgliederversammlungen einzelner Fachgruppen willkommene Gesprächsanlässe. So konnte der Bundesvorsitzende Frank Gehlen bei der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Kraftfahrtbundesamt in Flensburg die Gelegenheit nutzen und auch mit dem Präsidenten des KBA ein gutes Gespräch führen.

Während bei der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie eine Neuwahl des Vorstands erfolgte, führte der neu gewählte Personalrat des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung mit dem zuständigen Minister Wildberger ein erstes Gespräch. Wir dürfen ebenfalls gespannt sein, wie die Entscheider im BMDS die aktuellen (Fehl-)Entwicklungen, ungewollten Verselbstständigungen und Ausbrüche von künstlicher Intelligenz der Softwareschmieden vor allem von Anthropic und OpenAI bewerten.

Auch wenn viele Behörden die in der letzten Tarifrunde erzielten Ergebnisse noch nicht vollständig umgesetzt haben, wirft die nächste Einkommensrunde bereits ihre Schatten voraus. Denn ab Oktober 2026 beginnt auch für den vbob die Planung für die im Januar und Februar nächsten Jahres stattfindenden Regionalkonferenzen des dbb zur Tarifrunde 2027. Hierzu erhalten die

Fachgruppen zeitnah eine Einladung, sich an den Regionalkonferenzen intensiv zu beteiligen.

Weil das BMI mit die wichtigste Rolle in den Tarifverhandlungen spielt, dürfte dort den zuständigen Stellen bei dieser Gelegenheit vielleicht wieder einfallen, dass die Frage der amtsangemessenen Alimentation weder erledigt wurde noch sich von selbst erledigt hat. Zu Beginn dieses Jahres (2026!) hatte Innenminister Alexander Dobrindt von wenigen Wochen bis zu einer Lösung des unsäglichen Zustandes gesprochen. Wir alle bemerken, wie langsam doch die Zeit vergeht und sich wenige Wochen hinziehen können ... Vielleicht ist auch beabsichtigt, besonders effizient zu arbeiten, und die verfassungskonforme, amtsangemessene Alimentation sowie die letzte als auch die kommende Tarifrunde sollen in nur einem einzigen Vorgang auf die Beamtinnen und Beamten umgelegt werden.

In vielen Behörden der Bundesverwaltung und den Ministerien sind die Planungen für die Personalversammlungen im zweiten Halbjahr bereits weit fortgeschritten. Fachgruppenvorsitzende und die Mitglieder des Bundesvorstandes sowie der Bundesleitung versuchen, möglichst häufig an diesen Veranstaltungen teilzunehmen und die Kolleginnen und Kollegen aus erster Hand über die gewerkschaftlichen Themen zu informieren und Fragen zu beamtenrechtlichen wie auch tarifrechtlichen Angelegenheiten zu beantworten.

All das geschieht in einer Zeit, in der das Vertrauen der Menschen in den Staat laut eGovernment MONITOR auf einen neuen Tiefstand gesunken ist, während die Erwartungen an eine moderne Verwaltung steigen. Gleichzeitig erleben unsere Kolleginnen und Kollegen einen Personalmangel in ihren Behörden, weil die Politik dem öffentlichen Dienst immer neue Aufgaben überträgt. Wer einen handlungsfähigen Staat will, muss die Menschen stärken, die ihn tragen, und darf sie nicht mit immer neuen Debatten über ihren Status verunsichern.

Unser Jubiläumsjahr geht unterdessen munter weiter. Die Schritte-Challenge des vbob läuft seit dem 14. September für 75 Tage noch bis in den Spätherbst. Machen Sie weiter mit, wir wollen die Challenge gewinnen! Die Mitgliederwerbeaktion läuft ebenfalls noch bis Ende des Jahres. Jedes neue Mitglied stärkt unsere Solidargemeinschaft und damit unsere Verhandlungsposition, gerade in einem Herbst wie diesem. Ich begrüße an dieser Stelle auch herzlich alle neuen Mitglieder im vbob und bedanke mich für das Vertrauen.

Nun wünsche ich Ihnen allen viel Spaß mit dem vorliegenden Heft und gute Impulse für Ihre Arbeit in den nächsten Wochen.

Herzliche Grüße

Ludwig Hofmann
stellvertretender Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Faktencheck Beamtenversorgung: Hände weg von der Versorgung! 4
- > Aus den Fachgruppen – Grillduft, Suppentopf und Bücherschätze: vbob sammelt 1000 Euro für krebskranke Kinder 7
- > Mitgliederversammlung im KBA: „Es geht um die Wurst“ 8
- > Mitgliederversammlung im BSH: Die großen Herausforderungen an die Fachgruppe 9
- > Gemeinsam in die Zukunft: Der neue Personalrat im BMD5 trifft Minister Wildberger 10
- > BAMF-Tag für über 700 Beschäftigte in der Zentrale in Nürnberg – der vbob war mit dabei 12

> dbb

- > Nachrichten – Personalmangel auf Höchststand: Beschäftigte am Limit 13
- > Nachrichten – Rentenreform: 45 Arbeitsjahre müssen gewürdigt werden 15
- > Interview – Achim Brötel, Präsident des Deutschen Landkreistages: „Man will die Stimme der Praxis gar nicht mehr hören“ 16
- > Dossier – Kommunale Finanzen: Im Sog des Defizits 19
- > Nachgefragt – Digitalisierung vor Ort: Anwendungen für die Deutschland-App 25
- > Dossier – Handlungsfähigkeit der Kommunen: Ein Staat von gestern ist schwer zu optimieren 26
- > Online – Verwaltung der Zukunft: Neuer Schub für die Digitalisierung 28
- > Finanzpolitik – Einkommensteuerreformgesetz 2027 32
- > Jubiläum – 25 Jahre dbb forum berlin: Fresh-up für ein offenes Haus 34
- > Frauen – Neuer Haushaltsplan: Eine Milliarde weniger für Familienpolitik 41
- > Europa – Lena Düpont, Innenausschuss des EU-Parlaments: Innere Sicherheit erfordert Koordinierung 44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro** Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** anne.hoffmann@vbob.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** © UmerDraz - stock.adobe.com

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 55,10 Euro zzgl. 10,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. **Einzelheft** 6,30 Euro zzgl. 2,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32, **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigen-disposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 67 (dbb magazin) und **Preisliste** 46 (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2026. **Druckauflage dbb magazin:** 540363 (IVW 2/2026). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

ISSN 1437-997X

Faktencheck Beamtenversorgung Hände weg von der Versorgung!

Der Bundesfinanzminister Lars Klingbeil will Beamtinnen und Beamte in die Rentenkasse zwingen und beruft sich dabei auf eine Kommission, die genau das nicht empfohlen hat. Wir halten dagegen – mit Fakten statt Parolen.

Es ist ein Reflex, der zuverlässig wiederkehrt. Sobald die Rentenkasse klamm ist, zeigt jemand auf die Beamtinnen und Beamten. Diesmal ist es der Vizekanzler. Bei einem Bürgergespräch in Heidelberg verlangte Lars Klingbeil, neue Beamte, Selbstständige und Politiker in die gesetzliche Rente aufzunehmen. Er sprach von „einem wirklichen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit im System“. Er und Arbeitsministerin Bärbel Bas wollen das gemeinsam umsetzen.

Der dbb hat sofort und unmissverständlich geantwortet. Volker Geyer nannte das Vorhaben „unfinanzierbar, rechtswidrig und demotivierend“ für den öffentlichen Dienst. Er hat recht, und wir zeigen, warum.

> Behauptung 1: „Die Rentenkommission empfiehlt es.“

Falsch. Wer sich auf einen Bericht beruft, sollte ihn gelesen haben. Die Kommission hat am 23. Juni 2026 insgesamt 33 Empfehlungen vorgelegt. Ja, in Empfehlung 21 taucht eine Erwerbstätigenversicherung mit Beamten als „Idealbild“ auf. Ein Idealbild ist aber kein Auftrag. Für Selbstständige, Abgeordnete und Vorstände gibt es klare Empfehlungen, für Beamte keine einzige. Klingbeil geht damit schlicht über das hinaus, was die Kommission empfohlen hat. Er beruft sich auf ein Gutachten, das seine Forderung nicht deckt.

> Behauptung 2: „Beamte zahlen nichts für ihr Alter.“

Das ist das hartnäckigste Märchen der Debatte. Die Versorgung ist Teil der Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG. Sie ist in der Besoldung von Anfang an eingepreist. Beamtinnen und Beamte haben über Jahre auf Teile ihrer Besoldungserhöhungen verzichtet, um Versorgungsrücklagen aufzubauen. Sie versteuern ihre Pension als Einkommen und tragen die



Krankheitskosten im Alter über Beihilfe und private Krankenversicherung in erheblichem Umfang selbst. Die Kommission stellt ausdrücklich fest, dass es verfassungsrechtlich geboten ist, dass Beamte keine eigenen Beiträge zahlen. Wer trotzdem vom „Trittbrettfahrer“ spricht, verbreitet bewusst ein Zerrbild.

■ Behauptung 3: „Das spart dem Staat Geld.“

Das Gegenteil ist richtig, und das müsste gerade ein Finanzminister wissen. Die Kommission benennt die hohen Übergangskosten als zentrales Problem. Die Rechnung ist simpel. Für jeden neuen Beamten müsste der Dienstherr Rentenbeiträge zahlen, den Arbeitgeberanteil direkt und den Arbeitnehmeranteil faktisch über eine höhere Bruttobesoldung. Parallel laufen alle bestehenden Pensionen jahrzehntelang aus dem Haushalt weiter. Obendrauf käme eine Zusatzversorgung, die auch bei den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst üblich ist und ohne die der Staat im Wettbewerb um Fachkräfte chancenlos wäre. Der Staat zahlt also doppelt, über Jahrzehnte, in einer Zeit, in der jeder Euro dreimal umgedreht wird. Das ist keine Reform. Das ist ein Haushaltsrisiko.



© studio v-zwoelf - stock.adobe.com

■ Behauptung 4: „Das rettet die Rentenkasse.“

Nein. Wer heute Beiträge zahlt, erwirbt morgen Ansprüche. Selbst aus der Versicherungswirtschaft kommt der Hinweis auf die höhere Lebenserwartung dieser Gruppen. Auf lange Sicht würde die

Rentenkasse also eher belastet als entlastet. Die echten Baustellen bleiben liegen: die Demografie, die Finanzierung sozialpolitischer Leistungen aus Beitragsgeldern und eine überkomplexe Verwaltung. Allein für die Rentenversicherung sind im Bundeshaushalt 2026 rund 127,4 Milliarden



© BMF - Photothek

Euro an Bundesmitteln eingeplant. Diese Lücke schließt man nicht mit ein paar Einstellungsjahrgängen. Man verschiebt das Problem nur, und zwar auf Kosten derer, die den Staat am Laufen halten.

► **Behauptung 5: „Es fehlt nur der politische Wille.“**

Es fehlt vor allem die Rechtsgrundlage. Die Kommission verweist auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nach Art. 33 Abs. 5 GG, auf die Zuständigkeit der Länder und auf die Übergangskosten. Ein Systemwechsel würde mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungsrechtliche Klärungen nach sich ziehen. Jahre der Unsicherheit wären die Folge, und das mitten im Kampf um Nachwuchs, den der öffentliche Dienst ohnehin nur mühsam bestreitet. Wer so eine Baustelle leichtfertig aufreißt, handelt verantwortungslos.

► **Die eigentliche Gefahr steht im Kleingedruckten**

Während alle über Klingbeil reden, droht an anderer Stelle Konkretes. Nach Empfehlung 23 sollen Rentenreformen

„wirkungsgleich“ auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Außerdem sollen deutlich weniger Menschen verbeamtet werden, und Bund und Länder sollen Rücklagen bilden. Die Koalition hat am 2. Juli zugesagt, alle 33 Empfehlungen vollständig und zügig umzusetzen, und das Gesetz soll bis Ende 2026 stehen. Einen offiziellen Rentenentwurf gibt es noch nicht, aber seit Mitte September kursiert ein Arbeitsentwurf aus dem Arbeitsministerium.

„Wirkungsgleich“ klingt fair, kann aber zur Kürzungsmaschine werden. Die Beamtenversorgung ersetzt gesetzliche Rente und Betriebsrente zugleich. Wer Einschnitte bei der Rente eins zu eins auf die Versorgung überträgt, kürzt doppelt. Das werden wir nicht hinnehmen.

Unsere Forderungen sind klar

Erstens: keine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung, weder für neue noch für bestehende Dienstverhältnisse. Zweitens: wenn

► **KOMMENTAR**

Genug ist genug!

Der Bundesfinanzminister kennt die Zahlen. Er weiß, dass jede neue Beamtin und jeder neue Beamte in der Rentenkasse den Haushalt auf Jahrzehnte doppelt belastet. Wenn er trotzdem von Gerechtigkeit spricht, betreibt er Stimmungsmache auf dem Rücken der Beschäftigten.

Für uns im Bund ist das keine Theorie. Die Länder können sich hinter ihrer eigenen Zuständigkeit verschanzen. Die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten wären das bequemste Versuchsfeld. Ausgerechnet die Menschen, die in den Ministerien und Bundesbehörden Gesetze vorbereiten, Haushalte aufstellen und Krisen managen, sollen die Zeche für Jahrzehnte verfehlter Rentenpolitik zahlen.

Der vbob lässt sich auch von den Nebelkerzen nicht ablenken. Der eigentliche Kampf findet bei Empfehlung 23 statt. Dort entscheidet sich, ob „wirkungsgleich“ fair ausgelegt wird oder ob unter diesem Etikett radikale Kürzungen zugemutet werden sollen.

Der vbob wird jeden Entwurf Zeile für Zeile prüfen und laut werden, wenn es nötig ist.

Ein Staat, der händeringend Personal sucht, kann sich keine Politik leisten, die das Vertrauen in sein Dienstverhältnis untergräbt. Das Berufsbeamtentum ist kein Privileg. Es ist ein gegenseitiges Versprechen – und Versprechen hält man.

Najeeb Fahimi, Geschäftsführer des vbob

übertragen wird, dann ehrlich. Verglichen wird die Gesamtversorgung mit Rente plus Zusatzversorgung, nicht die Pension mit der gesetzlichen Rente allein. Drittens: Rücklagen statt Systembruch, denn das ist der verantwor-

tungsvolle Weg, künftige Haushalte zu entlasten. Viertens: eine echte Beteiligung der Spitzenorganisationen nach § 118 BBG, und zwar bevor die Entwürfe fertig sind, nicht danach.



© Thomas Weissenfels - stock.adobe.com

Aus den Fachgruppen

Grillduft, Suppentopf und Bücherschätze

vbob sammelt 1 000 Euro für krebskranke Kinder

Wenn sich auf dem Campus Graurheindorfer Straße 198 in Bonn der Duft von Gegrilltem mit dem Rascheln alter Buchseiten mischt, dann ist wieder rheinisches Sommerfest. Am 9. September kamen die Beschäftigten des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Statistischen Bundesamtes (StBA) und des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp) zusammen, um gemeinsam zu feiern. Mittendrin und mit vollem Einsatz: der vbob.

➤ Zwei Fachgruppen, ein Ziel

Die vbob Fachgruppen des BMI in Bonn und des Statistischen Bundesamtes haben sich zusammengetan und gezeigt, dass Gewerkschaftsarbeit auch am Grill und am Suppentopf stattfinden kann. Während auf dem Rost die Würstchen brutzelten, köchelte nebenan eine vegane Suppe, die längst nicht nur Veganerinnen und Veganer überzeugte. Verkauft wurde alles für den guten Zweck, und die Schlange vor dem Stand sprach für sich.

➤ Der Bücherflohmarkt: Tradition mit Kultstatus

Ein fester Bestandteil des Sommerfests ist inzwischen der traditionelle Bücherflohmarkt des vbob. Schon im Vorfeld

hatten die Beschäftigten ihre Regale durchforstet und Bücher, Spiele, CDs und DVDs gespendet. Das Prinzip ist so einfach wie genial: Jedes Stück wechselt für einen Euro den Besitzer. Ob Krimi für den nächsten Urlaub, Brettspiel für den Familienabend oder die fast vergessene Lieblings-CD aus den Neunzigern: Hier wurde gestöbert, gefachsimpelt und zugegriffen. Und so manches Buch hat dabei nicht nur ein neues Zuhause gefunden, sondern auch Gutes getan.

➤ 1 000 Euro für den Förderkreis krebskranker Kinder

Am Ende des Tages stand eine stolze Summe: 1 000 Euro kamen zusammen. Der gesamte Erlös geht an den Förderkreis für krebskranke Kinder in Bonn, der



© FG StBA



© FG StBA

betroffene Kinder und ihre Familien in einer der schwersten Zeiten ihres Lebens unterstützt. Jede Wurst, jede Suppe und jedes Buch hat dazu beigetragen.

➤ Danke an alle, die mit angepackt haben!

Ein solcher Erfolg ist nur möglich, wenn viele Hände mit anpacken. Unser herzlicher Dank gilt allen Ehrenamtlichen, die Würstchen gewendet, Gemüse geschnippelt, Kisten geschleppt, Bücher sortiert und stundenlang hinter dem Stand gestanden haben. Ihr habt eure Freizeit und eure Energie gegeben, und das mit spür-

barer Freude. Danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen, die im Vorfeld ihre Schätze gespendet haben, und an alle Gäste, die mit Appetit, Leselust und offenem Portemonnaie vorbeigekommen sind.

Das Sommerfest hat einmal mehr gezeigt: Gemeinschaft auf dem Campus ist mehr als ein Nebeneinander von Behörden. Sie ist ein Miteinander, das Wirkung zeigt, weit über den Festtag hinaus.

Wir sehen uns beim nächsten Mal, und die Bücherkisten stehen schon bereit!

dr

Mitgliederversammlung im KBA

„Es geht um die Wurst“

Am 7. September 2026 fand im Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) die zweite Mitgliederversammlung für das Jahr 2026 statt. Während die erste Mitgliederversammlung zur Feier des 75. Jubiläums des vbob genutzt wurde, stand diese Mitgliederversammlung unter dem Motto „Es geht um die Wurst“. Hintergrund sind die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr.



Die Fachgruppe freute sich, anlässlich der Mitgliederversammlung den Bundesvorsitzenden Frank Gehlen begrüßen zu dürfen. Bereits vor der Mitgliederversammlung nutzte die Fachgruppenvorsitzende Judith Kelch Mack diese Möglichkeit, um gemeinsam mit Herrn Gehlen in den Dialog mit dem

Präsidenten des KBA, Herrn Richard Damm, zu gehen und dort verschiedene Gewerkschaftsthemen zu platzieren.

Am Nachmittag fand dann die eigentliche Mitgliederversammlung statt. Diese wurde genutzt, um die Mitglieder zum einen über aktuelle Themen

aus der Fachgruppe und dem Personalrat zu informieren, aber auch auf die nächsten Tarifverhandlungen vorzubereiten. Denn bei diesen Verhandlungen wird mehr denn je die Unterstützung jedes Mitglieds gebraucht, um den Arbeitgebern zu signalisieren, dass der aktuelle Sparkurs nicht auf den

Schultern der Beschäftigten ausgetragen werden darf!

Im Anschluss war Zeit für weitere Gespräche bei Wurst und Salaten, um das Motto „Es geht um die Wurst“ zu unterstreichen und den Nachmittag gemeinsam ausklingen zu lassen.

mg



© FG KBA (2)

> Frank Gehlen im Gespräch mit dem Präsidenten des Kraftfahrt-Bundesamtes, Richard Damm

Mitgliederversammlung im BSH

Die großen Herausforderungen an die Fachgruppe

Am 3. September 2026 fand die Mitgliederversammlung der vbob Fachgruppe 58 (Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie – BSH) in gewohnt angenehmer Atmosphäre im Haus 5 in Hamburg statt.

Im Mittelpunkt standen aktuelle Entwicklungen im vbob und die Auswirkungen der angespannten Haushaltslage des Bundes. Berichtet wurde unter anderem über geplante Stelleneinsparungen, strengere Vorgaben bei Stellenausschreibungen und -bewertungen sowie Einschränkungen bei Ausbildung, Teilzeit und Alterszeit.

Auch der Betrieb der Schiffe ist betroffen: Aufgrund der gestiegenen Treibstoffpreise und fehlender Haushaltsmittel sollen sie beim BSH ab Oktober dieses Jahres nur noch in Notfällen eingesetzt werden. Bis zum Jahresende soll zudem der

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) ein neues Konzept für die Bereederung vorgelegt werden.

Weitere Themen waren das vbob Positionspapier zur künstlichen Intelligenz und die bevorstehenden Tarifverhandlungen 2027. Der Vorsitzende Carsten Brüggmann wies darauf hin, dass angesichts der Sparvorgaben mit ganz schwierigen Verhandlungen zu rechnen sei. Zur Frage der amtsangemessenen Alimentation soll eine Stellungnahme des Bundesvorstands eingeholt werden.

Im Rechenschaftsbericht wurde die positive Entwicklung der



> Der neue Fachgruppenvorstand: Carsten Brüggmann, Dr. Larissa Müller, Rhett Anthes und Dr. Kai Trümpler (von links)

© FG BSH

Fachgruppe hervorgehoben. Sie zählt derzeit 134 Mitglieder, ist gut vernetzt und in verschiedenen Gremien vertreten. Die Finanzen sind solide; das Jahr 2025 konnte mit einem Überschuss abgeschlossen werden. Aufgrund des gestiegenen Altersdurchschnitts soll jedoch auch verstärkt um jüngere Beschäftigte geworben werden.

Der Vorstand wurde einstimmig entlastet. Anschließend wurden einstimmig Neuwahlen durchgeführt. Den Vorsitz wird weiterhin Carsten Brüggmann innehaben, unterstützt durch seine Stellvertreter Dr. Kai Trümpler und Rhett

Anthes. Neu im Amt: Dr. Larissa Müller als Schatzmeisterin und Marcus Rösler als Beisitzer im Vorstand.

Ein besonderer Tagesordnungspunkt war die einstimmig beschlossene Ehrenmitgliedschaft für Klaus-Peter Dauer, den Gründer der Fachgruppe 58, dem die Fachgruppe ihren besonderen Dank aussprach. Den Mitgliedern war es ein besonderes Anliegen, seine außerordentlichen Leistungen und Initiativen sowie sein langjähriges gewerkschaftliches Engagement zu würdigen.

cb

Wir gratulieren ...

Ehrung im vbob mit einer Urkunde zur

40-jährigen Mitgliedschaft:

- > **Andreas Säckl**
vbob Fachgruppe
Bundesministerium
der Finanzen
- > **Ottfried Stibitz**
vbob Fachgruppe
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie

Es ist uns eine besondere Freude, zwei Jubilaren zur

60-jährigen Mitgliedschaft mit einer Urkunde gratulieren zu dürfen:

- > **Brigitte Brings**
vbob Fachgruppe
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
- > **Rolf Pfrenkle**
vbob Fachgruppe
Bundesministerium für
Forschung, Technologie
und Raumfahrt

© dtk muse - stock.adobe.com

Am 25. August 2026 traf Bundesvorsitzender Frank Gehlen den Amtschef des Bundesinnenministeriums, Staatssekretär Sebastian Wüste, zu einem Gespräch.

Welche aktuellen Themen sind geeignet, die künftige Arbeit in der Bundesverwaltung und in einem Bundesministerium zu beeinflussen, und wie ist die Entwicklung aus der gewerkschaftlichen Perspektive einzuordnen?

Danke für das vertrauensvolle Gespräch!



© BMJ/vbob

Gemeinsam in die Zukunft

Der neue Personalrat im BMDS trifft Minister Wildberger

Nach unserer Wahl war es endlich so weit: Wir haben uns als neuer Personalrat im Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) offiziell bei Minister Dr. Karsten Wildberger vorgestellt.

Dabei sind wir direkt in die Themen eingestiegen, die uns alle bewegen. Wir haben die aus unserer Sicht aktuell drängendsten Punkte für unser Haus besprochen und unsere

Erwartungen klar auf den Tisch gelegt.

Das Wichtigste vorweg: Wir ziehen an einem Strang! Unser gemeinsames Ziel ist es, ein

modernes und in die Zukunft gerichtetes Haus zu werden. Das bedeutet für uns: Wir schaffen starke, zeitgemäße Strukturen, die den Arbeitsalltag erleichtern.

Wir sorgen für beste Bedingungen für alle Beschäftigten.

Wir freuen uns auf die anstehenden Aufgaben.

mh



© FC BMDS

> Der neu gewählte Personalrat (vbob) im BMDS begrüßt Minister Dr. Karsten Wildberger zum Gespräch.



BAMF-Tag für über 700 Beschäftigte in der Zentrale in Nürnberg – der vbob war mit dabei

Bereits im Frühjahr dieses Jahres fand der zweite „BAMF-Tag“ unter dem Motto „Veränderungen im BAMF“ statt. Mit der Einführung des neuen GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem), neuen Herausforderungen bei der Personalakquise und Reformvorhaben in der Bundesverwaltung (Modernisierungspapier der Bundesregierung, Gesetzesvorhaben zur amtsangemessenen Alimentation) gab es viele Aspekte, die das Motto bespielen konnten.

Zudem nutzten die Referate den BAMF-Tag, um die unglaublich vielfältigen Aufgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an über 40 Infoständen vorzustellen, in Vorträgen über manch ein Thema zu informieren und die Kolleginnen und Kollegen mit verschiedenen Interaktionsangeboten zum Mitmachen zu animieren.

Die Fachgruppe des vbob war ebenfalls mit einem Stand vertreten. Unser Stand bot ein Quiz mit Fragen zu Veränderungen an: sei es über Veränderungen in der Gewerkschaft selbst (Welchen Geburtstag feiert der vbob in diesem Jahr?), Veränderungen im Arbeitsleben (KI –

die Auswirkungen auf die Beschäftigten, Arbeitsverhältnisse und die Positionierung der Gewerkschaft dazu) oder auch rechtliche Veränderungen (Wann kommt eine neue Entgeltordnung, die das Arbeitsleben passgenauer spiegelt?).

Die Fragen waren eine großartige Möglichkeit, um mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen und den vbob als sicheren Partner zu bewerben. Der vbob begleitet Veränderungsprozesse für euch im Kleinen (aber nicht weniger wichtig!) durch unsere Mitglieder in den Personalvertretungen, aber auch als Mitgliedsgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion.

Die Fachgruppe freut sich auf den nächsten BAMF-Tag in zwei Jahren und weitere

Gespräche mit Ihnen und euch!

ak

